

# Europarecht

– Examenskurs für Rechtsreferendare –

Dr. Daniel Dittert  
Rechtsreferent am Gerichtshof  
der Europäischen Union

bis zur 4. Auflage mitbearbeitet von

Prof. Dr. Michael Ahlt  
Richter am Bundesgerichtshof a.D.  
Honorarprofessor an der Rheinisch-Westfälischen  
Technischen Hochschule Aachen

5., neu bearbeitete Auflage 2017



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 5. Auflage .....	V
Literaturhinweise .....	XIX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
<b>1. Teil: Grundlagen</b> .....	<b>1</b>
<b>1. Kapitel: Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>A. Der Begriff Europarecht</b> .....	<b>1</b>
<b>B. Besonderheiten des Europarechts und praktische Hinweise</b> .....	<b>1</b>
I. Besonderheiten .....	1
II. Auffinden von europarechtlichem Material .....	2
<b>C. Die Entwicklung der europäischen Einigung</b> .....	<b>3</b>
I. Die schrittweise Vertiefung der Integration Europas im Rahmen der EU .....	3
1. Die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg: Friedenssicherung durch wirtschaftliche Integration .....	3
2. Die Einheitliche Europäische Akte: Aufbruch in den Europäischen Binnenmarkt .....	3
3. Der Vertrag von Maastricht: Grundsteinlegung für die Wirtschafts- und Währungsunion .....	4
4. Der Vertrag von Amsterdam: das Projekt eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	4
5. Der Vertrag von Nizza: Institutionelle Reformen im Hinblick auf die Erweiterung der Union .....	6
6. Die Konventionsmethode: ein Versuch, mehr Bürgernähe zu erreichen .....	7
a) Der Grundrechtskonvent und die Charta der Grundrechte der EU .....	7
b) Der Europäische Konvent: Entwurf einer Verfassung für Europa .....	7
c) Künftige Vertragsänderungen .....	8
7. Vom gescheiterten Verfassungsvertrag zum Vertrag von Lissabon: Reformen ohne Symbolik .....	8
8. Anhaltender Reformdruck auch nach dem Vertrag von Lissabon .....	11
II. Beitritt, Austritt und Suspendierung von Mitgliedstaaten .....	12
1. Die schrittweise geografische Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften und der Union .....	12
2. Die Voraussetzungen für den Beitritt neuer Mitgliedstaaten .....	12
3. Der Austritt eines Mitgliedstaats aus der Union .....	13
4. Die Suspendierung und der etwaige Ausschluss eines Mitgliedstaats aus der Union .....	14
<b>D. Aufbau und Strukturmerkmale der Europäischen Union</b> .....	<b>14</b>
I. Der Aufbau der EU bis zum Vertrag von Lissabon: Tempelkonstruktion mit drei Säulen .....	14
II. Der Aufbau der EU seit dem Vertrag von Lissabon: Verschwinden der Säulenstruktur .....	16
III. Der supranationale Charakter der EU .....	16
1. Die allgemeinen Strukturmerkmale der EU .....	17
2. Die Besonderheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) .....	18
3. Das Verhältnis zwischen der GASP und den übrigen Politikbereichen: Unberührtheitsgebot .....	19
<b>E. Andere Organisationen in Europa</b> .....	<b>19</b>
<b>2. Kapitel: Die Hauptakteure in der Europäischen Union</b> .....	<b>21</b>
<b>A. Die Organe und Behörden der Mitgliedstaaten</b> .....	<b>21</b>
I. Das Vertragsänderungsverfahren und die Rolle der Mitgliedstaaten darin .....	21
II. Mitwirkung der Mitgliedstaaten an der Willensbildung der EU .....	25
1. Die Regierungen der Mitgliedstaaten .....	25
2. Die Parlamente der Mitgliedstaaten .....	26
a) Die Rolle der nationalen Parlamente aus der Sicht des Unionsrechts .....	26
b) Die Rolle von Bundestag und Bundesrat nach innerstaatlichem Recht .....	26
III. Die Rolle der deutschen Länder .....	27
1. Die Berücksichtigung der Belange der Länder in den Europäischen Verträgen .....	27
2. Die innerstaatlichen Mitwirkungsrechte der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union .....	27
IV. Umsetzung und Vollzug des Unionsrechts, gerichtlicher Rechtsschutz .....	28
<b>B. Die Unionsorgane</b> .....	<b>29</b>
I. Allgemeines .....	29
II. Der Europäische Rat .....	30

1. Zusammensetzung .....	30
2. Aufgaben und Befugnisse .....	31
3. Beschlussfassung .....	32
4. Tagungsort .....	32
III. Der Rat der Europäischen Union .....	32
1. Zusammensetzung und Vorsitz .....	33
2. Aufgaben und Befugnisse .....	34
3. Arbeitsweise .....	35
4. Beschlussfassung .....	35
a) Qualifizierte Mehrheit .....	35
b) Einfache Mehrheit .....	37
c) Einstimmigkeit .....	37
IV. Das Europäische Parlament .....	38
1. Zusammensetzung .....	38
2. Wahlen .....	39
3. Aufgaben und Befugnisse .....	39
a) Kontrollbefugnisse .....	39
b) Mitwirkungsrechte bei der Rechtsetzung und in Haushaltsfragen .....	41
4. Interne Organisation und Beschlussfassung .....	42
V. Die Europäische Kommission .....	43
1. Zusammensetzung .....	43
2. Ernennung .....	44
3. Interne Organisation .....	45
4. Aufgaben und Befugnisse .....	45
5. Arbeitsweise und Beschlussfassung .....	46
VI. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik .....	47
VII. Der Gerichtshof der Europäischen Union .....	48
1. Allgemeines .....	48
2. Zusammensetzung und Aufbau der Unionsgerichte .....	48
3. Aufgaben und Befugnisse der Unionsgerichte .....	49
4. Die Rolle des Generalanwalts .....	50
VIII. Der Rechnungshof .....	51
IX. Die beratenden Einrichtungen .....	51
1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss .....	51
2. Der Europäische Ausschuss der Regionen .....	51
X. Nebeneinrichtungen .....	52
1. Die Europäische Zentralbank und das Europäische System der Zentralbanken .....	52
2. Die Europäische Investitionsbank .....	52
3. Weitere Einrichtungen .....	52
<b>3. Kapitel: Rechtsquellen des Unionsrechts .....</b>	<b>53</b>
<b>A. Primäres Unionsrecht .....</b>	<b>53</b>
1. Geschriebenes Unionsprimärrecht .....	53
2. Ungeschriebenes Unionsprimärrecht .....	54
<b>B. Sekundäres Unionsrecht .....</b>	<b>54</b>
1. Von der Union geschlossene internationale Übereinkünfte .....	54
2. Verordnungen .....	55
3. Richtlinien .....	55
4. Beschlüsse .....	58
5. Empfehlungen und Stellungnahmen .....	58
6. Atypische Unionsrechtsakte .....	59
7. Rechtsakte im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) .....	59
<b>C. Atypische Instrumente .....</b>	<b>60</b>
<b>4. Kapitel: Die innerstaatliche Wirkung des Unionsrechts und seine Auslegung .....</b>	<b>61</b>
<b>A. Unmittelbare Wirkung .....</b>	<b>61</b>
I. Die unmittelbare Wirkung des primären Unionsrechts .....	61
II. Die unmittelbare Wirkung des sekundären Unionsrechts .....	62
1. Verordnungen .....	62
2. Richtlinien .....	62
a) Die Begründung der unmittelbaren Wirkung von Richtlinienbestimmungen .....	63
b) Die Voraussetzungen der unmittelbaren Wirkung im Einzelnen .....	63
c) Die Spielarten der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien .....	64

d) Grenzfälle	66
e) Geltendmachung der unmittelbaren Wirkung	68
3. Beschlüsse	68
4. Völkerrechtliche Verträge	69
<b>B. Verhältnis des Unionsrechts zum nationalen Recht</b>	70
I. Die Eigenständigkeit des Unionsrechts und seine besondere Rechtsnatur	70
II. Die Vorrangfrage aus der Sicht des Unionsrechts	70
III. Die Vorrangfrage aus der Sicht des deutschen Rechts	72
1. Konflikte zwischen Unionsrecht und einfachgesetzlichem nationalem Recht	72
2. Konflikte zwischen sekundärem Unionsrecht und nationalem Verfassungsrecht	73
a) Grundrechtskontrolle	73
b) Ultra-vires-Kontrolle	75
c) Identitätskontrolle	76
d) Zusammenfassender Überblick	77
e) Praktische Konsequenzen und verfahrensrechtliche Einkleidung	78
f) Bewertung	80
3. Konflikte zwischen primärem Unionsrecht und nationalem Verfassungsrecht	80
<b>C. Die Auslegung des Unionsrechts</b>	81
I. Allgemeines	81
II. Die wörtliche Auslegung	81
III. Die systematische Auslegung	82
IV. Die teleologische Auslegung	82
V. Besonderheiten bei der Auslegung der vom Unionsrecht verwendeten Begriffe	82
<b>D. Die Pflicht zur unionsrechtskonformen Auslegung des nationalen Rechts</b>	83
I. Allgemeines	83
II. Die Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung	83
<b>5. Kapitel: Die Rechtsetzung</b>	86
<b>A. Überblick über die wichtigsten Beschlussverfahren in der Europäischen Union</b>	86
<b>B. Erlass von abgeleitetem Unionsrecht</b>	87
I. Rechtsetzungsbefugnisse	87
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	87
2. Kompetenzzuweisung	88
a) Allgemeines	88
b) Explizite Kompetenzzuweisung	88
c) Implizite Kompetenzzuweisung	88
d) Art. 352 Abs. 1 AEUV	89
3. Kompetenzarten	91
a) Ausschließliche Zuständigkeiten	91
b) Geteilten Zuständigkeiten	92
c) Ergänzende Zuständigkeiten	92
d) Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten	92
4. Die Kompetenzausübungsregeln	93
a) Das Subsidiaritätsprinzip	93
b) Das Verhältnismäßigkeitsprinzip	94
c) Verfahrensgarantien zur Stärkung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit	94
5. Die verstärkte Zusammenarbeit	95
II. Die Rechtsetzungsverfahren	97
1. Allgemeines	97
2. Die Verfahren zum Erlass von Gesetzgebungsakten	98
a) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren	98
b) Die besonderen Gesetzgebungsverfahren	101
c) Der Übergang vom besonderen zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren	101
3. Das Verfahren zum Erlass von delegierten Rechtsakten und Durchführungsvorschriften	102
a) Die Delegation von Rechtsetzungsbefugnissen auf die Kommission (Art. 290 AEUV)	102
b) Der Erlass von Durchführungsvorschriften für den verwaltungsmäßigen Vollzug von Unionsrecht (Art. 291 AEUV)	103
<b>C. Abschluss völkerrechtlicher Verträge</b>	104
I. Die Europäische Union als Völkerrechtssubjekt	104
II. Vertragsschließungskompetenzen	105
1. Kompetenzzuweisung	105
a) Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung	105

b) Außenhandelskompetenz . . . . .	105
c) Assoziierungskompetenz . . . . .	105
d) Andere explizite Außenkompetenzen . . . . .	106
e) Implizite Außenkompetenzen . . . . .	106
f) Vertragsergänzungsklausel . . . . .	107
g) Rechtsfolgen eines Kompetenzverstößes . . . . .	107
2. Kompetenzarten . . . . .	107
a) Ausschließliche Zuständigkeiten . . . . .	107
b) Geteilte Zuständigkeiten . . . . .	107
3. Gemischte Abkommen . . . . .	108
III. Unionsinternes Verfahren zum Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrags . . . . .	109
1. Vertragsverhandlungen . . . . .	109
2. Unterzeichnung und Abschluss . . . . .	110
3. Beteiligung des Europäischen Parlaments . . . . .	110
4. Gutachten des Gerichtshofs . . . . .	111
IV. Status der von der Union geschlossenen völkerrechtlichen Verträge . . . . .	113
<b>6. Kapitel: Der Vollzug des Unionsrechts . . . . .</b>	<b>114</b>
<b>A. Der direkte Vollzug . . . . .</b>	<b>114</b>
I. Bereiche des direkten Vollzugs . . . . .	114
II. Regeln für den direkten Vollzug . . . . .	114
<b>B. Der indirekte Vollzug . . . . .</b>	<b>115</b>
I. Die Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten in den Grenzen von Äquivalenz und Effektivität . . . . .	115
1. Die Rückforderung unionsrechtswidriger Beihilfen . . . . .	116
2. Die Rückforderung unionsrechtswidriger Abgaben . . . . .	118
3. Das Spannungsverhältnis zwischen Effektivität und Rechtssicherheit: Bestandskraft nationaler Verwaltungsakte und Wiederaufgreifen des Verfahrens . . . . .	119
4. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung von Verwaltungsakten . . . . .	119
II. Die Bindung an Unionsgrundrechte und allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts . . . . .	120
III. Die Staatshaftung der Mitgliedstaaten für die Verletzung von Unionsrecht . . . . .	120
<b>C. Sanktionen für unionsrechtswidriges Verhalten . . . . .</b>	<b>123</b>
<b>2. Teil: Das Rechtsschutzsystem . . . . .</b>	<b>125</b>
<b>7. Kapitel: Grundlagen des Rechtsschutzsystems . . . . .</b>	<b>125</b>
<b>A. Allgemeines . . . . .</b>	<b>125</b>
<b>B. Zuständigkeitsverteilung zwischen Unionsgerichtsbarkeit und mitgliedstaatlichen Gerichten . . . . .</b>	<b>125</b>
I. Zuständigkeiten der Unionsgerichte EuGH und EuG . . . . .	125
1. Die Ausweitung der Zuständigkeiten der Unionsgerichte durch den Vertrag von Lissabon . . . . .	126
2. Der Rechtsschutz in der GASP nach dem Vertrag von Lissabon . . . . .	127
II. Zuständigkeiten der Gerichte der Mitgliedstaaten . . . . .	128
<b>C. Der Rechtsschutz vor den Unionsgerichten im Überblick . . . . .</b>	<b>129</b>
I. Die wichtigsten Verfahrensarten . . . . .	129
II. Systematisierung der Funktionen der Unionsgerichtsbarkeit . . . . .	131
III. Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Unionsgerichtsbarkeit . . . . .	132
1. Die Zuständigkeit für Direktklagen . . . . .	132
2. Die Zuständigkeit für Vorabentscheidungsverfahren . . . . .	133
IV. Verfahren und Urteil . . . . .	134
<b>D. Vorgaben des Unionsrechts für den Rechtsschutz vor den Gerichten der Mitgliedstaaten . . . . .</b>	<b>135</b>
I. Grundlagen . . . . .	135
II. Verfahrensrechtliche Vorgaben für einen effektiven gerichtlichen Rechtsschutz . . . . .	137
1. Rechtsweggarantie: Anspruch auf Zugang zu Gericht . . . . .	137
2. Begründungspflicht für Verwaltungsentscheidungen . . . . .	137
3. Klagefristen, Bestandskraft, Verjährung . . . . .	137
4. Anwendung des Unionsrechts von Amts wegen . . . . .	138
5. Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	139
<b>8. Kapitel: Das Vorabentscheidungsverfahren . . . . .</b>	<b>140</b>
<b>A. Allgemeines . . . . .</b>	<b>140</b>
<b>B. Verfahrensgegenstand . . . . .</b>	<b>141</b>
I. Wesensmerkmale der Auslegungs- und der Gültigkeitsvorlage . . . . .	141

1. Die Auslegungsvorlage .....	141
2. Die Gültigkeitsvorlage .....	142
II. Zulässiger Vorlagegegenstand .....	142
1. Auslegung der Verträge .....	142
2. Auslegung und Gültigkeit der Handlungen der Organe .....	143
a) Auslegung von Handlungen .....	143
b) Überprüfung der Gültigkeit der Handlungen der Organe .....	144
3. Von der Vorlage ausgeschlossene Gegenstände .....	145
<b>C. Vorlagerecht und Vorlagepflicht .....</b>	<b>145</b>
I. Vorlageberechtigte Stellen .....	145
II. Vorlageermessen und Vorlagepflicht .....	146
1. Die grundlegende Unterscheidung zwischen letztinstanzlichen und anderen Gerichten .....	146
2. Die Grenzen der Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte: die CILFIT-Rechtsprechung .....	147
3. Das Vorlageermessen der Untergerichte und seine Grenzen .....	148
a) Vorlageermessen .....	148
b) Ausnahmsweise Vorlagepflicht der Instanzgerichte: die Foto-Frost-Entscheidung .....	148
c) Die vorläufige Verwerfungskompetenz der nationalen Gerichte in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes: Die Rechtsprechung Zuckerfabrik und Atlanta .....	149
4. Verstoß gegen die Vorlagepflicht .....	150
a) Unionsrechtliche Sanktionen .....	150
b) Verfassungsrechtliche Sanktion .....	150
c) Verletzung der EMRK .....	151
<b>D. Das Kooperationsverhältnis zwischen EuGH und Vorlagegericht .....</b>	<b>151</b>
I. Rechte und Pflichten des Vorlagegerichts .....	151
1. Das Vorlagegericht ist Herr über das Ausgangsverfahren .....	151
2. Das Vorlagegericht entscheidet über das „Ob“ der Vorlage .....	152
3. Das Vorlagegericht entscheidet über das „Was“ der Vorlage, d.h. den Inhalt der Vorlagefragen .....	152
4. Das Vorlagegericht entscheidet über das „Wann“, also den Zeitpunkt der Vorlage .....	152
5. Das nationale Gericht entscheidet über das „Wie“, also die Form der Vorlage .....	153
II. Die Rolle des Gerichtshofs .....	153
1. Allgemeines .....	153
2. Umformulierung der Vorlagefragen .....	154
3. Feststellung der Unzulässigkeit von Vorlagefragen .....	154
<b>E. Verfahren vor dem EuGH .....</b>	<b>156</b>
1. Allgemeines zum Verfahrensablauf .....	156
2. Abwandlungen des Vorabentscheidungsverfahrens in besonders dringlichen Fällen .....	156
a) Beschleunigtes Verfahren .....	156
b) Eilvorabentscheidungsverfahren .....	156
<b>F. Wirkung der Vorabentscheidung .....</b>	<b>157</b>
I. Wirkung für das Ausgangsverfahren .....	157
II. Wirkung für andere Verfahren .....	157
1. Vorabentscheidung über eine Auslegungsvorlage .....	157
2. Vorabentscheidung über eine Gültigkeitsvorlage .....	158
III. Zeitliche Wirkung der Vorabentscheidung .....	158
<b>G. Andere Vorabentscheidungsverfahren und Verfahrensabweichungen .....</b>	<b>159</b>
<b>9. Kapitel: Direktklageverfahren, inzidente Normenkontrolle und Rechtsmittelverfahren .....</b>	<b>160</b>
<b>A. Vertragsverletzungsverfahren .....</b>	<b>160</b>
I. Allgemeines .....	160
II. Klageberechtigung .....	160
1. Klage der Kommission nach Art. 258 AEUV .....	160
2. Klage eines anderen Mitgliedstaats nach Art. 259 AEUV .....	161
III. Verfahrensablauf nach Art. 258 AEUV .....	161
1. Mahnschreiben .....	161
2. Begründete Stellungnahme .....	162
3. Die Feststellungsklage vor dem EuGH .....	162
IV. Zulässigkeit der Klage .....	162
1. Ordnungsgemäße Durchführung des Vorverfahrens .....	162
2. Ordnungsgemäßer Streitgegenstand .....	162
3. Rechtsschutzinteresse .....	163
V. Begründetheit .....	163
VI. Das Urteil des EuGH und seine Wirkung .....	165
1. Erstes Vertragsverletzungsurteil .....	165

2. Gegebenenfalls zweites Vertragsverletzungsurteil mit finanziellen Zwangsmitteln. . . . .	165
3. Verhängung von Zwangsmaßnahmen für Nichtumsetzung von Richtlinien schon im ersten Urteil. . . . .	166
<b>B. Die Nichtigkeitsklage . . . . .</b>	<b>167</b>
I. Allgemeines . . . . .	167
II. Zulässigkeit . . . . .	167
1. Beteiligtenfähigkeit . . . . .	167
2. Die anfechtbaren Handlungen (zulässiger Klagegegenstand). . . . .	168
3. Klageberechtigung . . . . .	170
a) Privilegiert klageberechtigt . . . . .	170
b) Teilprivilegiert klageberechtigt . . . . .	170
c) Nicht privilegiert klageberechtigt . . . . .	170
4. Besonderheiten für Klagen gegen Einrichtungen und sonstige Stellen der EU . . . . .	175
5. Klagefrist . . . . .	175
6. Allgemeines Rechtsschutzinteresse . . . . .	176
III. Begründetheit . . . . .	176
1. Unzuständigkeit . . . . .	176
2. Verletzung wesentlicher Formvorschriften . . . . .	176
3. Verletzung der Verträge oder einer bei ihrer Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm. . . . .	177
a) Primäres Unionsrecht . . . . .	177
b) Völkerrechtliche Verträge . . . . .	178
c) Sekundäres Unionsrecht . . . . .	178
d) Unverbindliche Handlungsformen . . . . .	178
e) Beurteilungsspielraum . . . . .	178
4. Ermessensmissbrauch . . . . .	179
IV. Inhalt und Wirkung des Urteils . . . . .	179
<b>C. Die Untätigkeitsklage . . . . .</b>	<b>180</b>
I. Allgemeines . . . . .	180
II. Zulässigkeit . . . . .	180
1. Beteiligtenfähigkeit . . . . .	180
2. Klagegegenstand . . . . .	180
3. Klageberechtigung . . . . .	181
4. Das Vorverfahren . . . . .	181
a) Aufforderungsschreiben des Klägers . . . . .	181
b) Fehlende Stellungnahme . . . . .	182
5. Fristen . . . . .	182
6. Anforderungen an die Klageschrift . . . . .	182
III. Begründetheit . . . . .	182
IV. Inhalt und Wirkung des Urteils . . . . .	182
<b>D. Die Schadensersatzklage . . . . .</b>	<b>183</b>
I. Allgemeines . . . . .	183
II. Zulässigkeit . . . . .	183
1. Beteiligtenfähigkeit und sachliche Zuständigkeit . . . . .	183
2. Anforderungen an die Klageschrift . . . . .	183
3. Verjährung . . . . .	184
4. Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	184
a) Verhältnis zur Nichtigkeits- und Untätigkeitsklage . . . . .	184
b) Verhältnis zu alternativen nationalen Rechtsbehelfen . . . . .	184
III. Begründetheit . . . . .	185
1. Haftungsvoraussetzungen . . . . .	185
a) Rechtswidrigkeit . . . . .	185
b) Schaden . . . . .	186
c) Kausalität . . . . .	186
2. Rechtsfolge: Schadensersatz . . . . .	187
3. Exkurs: Haftung auch für rechtmäßiges Verhalten? . . . . .	187
IV. Die Durchsetzung sonstiger außervertraglicher Ansprüche . . . . .	187
<b>E. Die inzidente Normenkontrolle . . . . .</b>	<b>188</b>
I. Voraussetzungen und Inhalt . . . . .	188
II. Wirkung einer erfolgreichen Inzidentrüge . . . . .	188
<b>F. Rechtsmittelverfahren und Überprüfungsverfahren . . . . .</b>	<b>189</b>
I. Das Rechtsmittelverfahren . . . . .	189
1. Zulässigkeit des Rechtsmittels . . . . .	189
a) Gegenstand des Rechtsmittels . . . . .	189
b) Rechtsmittelberechtigung und Rechtsschutzinteresse . . . . .	189

c) Das Rechtsmittel ist auf Rechtsfragen beschränkt .....	190
d) Anforderungen an die Rechtsmittelschrift .....	190
e) Die Rechtsmittelfrist beträgt zwei Monate ab Zustellung der angefochtenen Entscheidung ....	190
2. Begründetheit des Rechtsmittels .....	190
3. Verfahren vor dem Gerichtshof .....	191
4. Entscheidung des Gerichtshofs .....	191
5. Das Gericht (EuG) als Rechtsmittelinanz .....	191
II. Das Überprüfungsverfahren .....	192
1. Anwendungsbereich des Überprüfungsverfahrens .....	192
2. Kriterium für die Einleitung des Überprüfungsverfahrens .....	192
3. Antragsberechtigung und Verfahrenseröffnung .....	192
4. Verfahren vor dem Gerichtshof und Überprüfungsentscheidung .....	193
<b>3. Teil: Auszüge aus dem materiellen Unionsrecht .....</b>	<b>195</b>
Vorbemerkung .....	195
<b>10. Kapitel: Die Unionsbürgerschaft .....</b>	<b>196</b>
<b>A. Erwerb und Verlust der Unionsbürgerschaft .....</b>	<b>196</b>
<b>B. Inhaltliche Ausgestaltung der Unionsbürgerschaft .....</b>	<b>197</b>
I. Allgemeines .....	197
II. Die Unionsbürgerrechte im Überblick .....	197
1. Recht auf Gleichbehandlung .....	197
2. Freizügigkeitsrecht .....	197
3. Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz .....	198
4. Politische Rechte .....	198
III. Insbesondere: Das Recht auf Zugang zu den Dokumenten der EU .....	198
IV. Fortentwicklung der Unionsbürgerschaft .....	200
<b>11. Kapitel: Die Grundfreiheiten .....</b>	<b>201</b>
<b>A. Überblick .....</b>	<b>201</b>
I. Die sechs Grundfreiheiten der Verträge .....	201
II. Die Dogmatik der Grundfreiheiten .....	201
III. Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Grundfreiheiten und Grundrechten .....	203
<b>B. Der freie Warenverkehr .....</b>	<b>204</b>
I. Überblick .....	204
II. Anwendungsbereich der Warenverkehrsfreiheit .....	204
1. Warenbegriff .....	204
2. Unionsware .....	205
3. Ausnahmebestimmungen .....	205
III. Die Zollunion .....	205
1. Der gemeinsame Zolltarif und der Zollkodex .....	205
2. Verbot von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung .....	206
3. Begriff und Abgrenzung der Zölle und zollgleichen Abgaben von den inländischen Abgaben nach Art. 110 AEUV .....	206
a) Verwaltungsgebühren beim Grenzübertritt einer Ware .....	207
b) Sonstige finanzielle Belastungen .....	207
c) Verbot diskriminierender Abgaben nach Art. 110 AEUV .....	210
IV. Das Verbot mengenmäßiger Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung .....	210
1. Verbot mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen .....	210
2. Verbot von Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen .....	211
a) Staatliche Maßnahme .....	211
b) Wirkung der Maßnahme .....	212
c) Grenzüberschreitendes Element .....	215
3. Verbot mengenmäßiger Ausfuhrbeschränkungen und von Maßnahmen gleicher Wirkung .....	216
V. Rechtfertigung von Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung .....	216
1. Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV .....	217
a) Einzelheiten zu den diversen Rechtfertigungsgründen (Art. 36 Satz 1 AEUV) .....	217
b) Missbrauchsverbot, Art. 36 Satz 2 AEUV .....	218
2. Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses .....	219



a) Die Cassis-Formel . . . . .	219
b) Einzelheiten . . . . .	220
VI. Prüfungsschema Art. 34-36 AEUV . . . . .	222
VII. Die Pflicht zur Umgestaltung staatlicher Handelsmonopole . . . . .	224
<b>C. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit . . . . .</b>	<b>225</b>
I. Überblick . . . . .	225
II. Anwendungsbereich . . . . .	226
1. Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	226
2. Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	227
3. Grenzüberschreitendes Element . . . . .	228
III. Gewährleistungsinhalt der Arbeitnehmerfreizügigkeit . . . . .	228
1. Ausreise-, Einreise- und Aufenthaltsrecht . . . . .	228
2. Art. 45 AEUV als Diskriminierungsverbot . . . . .	229
a) Allgemeines . . . . .	229
b) Einzelheiten . . . . .	230
3. Art. 45 AEUV als allgemeines Beschränkungsverbot . . . . .	232
4. Drittwirkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit . . . . .	234
5. Rechte der Familienangehörigen des Wanderarbeitnehmers . . . . .	235
a) Einreise- und Aufenthaltsrecht . . . . .	235
b) Recht auf Ausübung einer Beschäftigung . . . . .	235
c) Recht der Kinder auf Ausbildung . . . . .	235
IV. Rechtfertigung von diskriminierenden oder beschränkenden Maßnahmen . . . . .	235
1. Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit . . . . .	235
a) Allgemeines zur Reichweite des Vorbehalts . . . . .	236
b) Einzelheiten . . . . .	236
2. Rechtfertigung von Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses . . . . .	237
V. Vorbehalt der öffentlichen Verwaltung . . . . .	238
1. Auslegung des Begriffs öffentliche Verwaltung . . . . .	238
a) Der Begriff öffentliche Verwaltung in Art. 45 Abs. 4 AEUV . . . . .	238
2. Anwendung des Vorbehalts . . . . .	239
VI. Prüfungsschema Art. 45 AEUV . . . . .	240
<b>D. Die Niederlassungsfreiheit . . . . .</b>	<b>241</b>
I. Überblick . . . . .	241
II. Anwendungsbereich . . . . .	241
1. Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	241
a) Natürliche Personen . . . . .	241
b) Gesellschaften . . . . .	241
2. Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	241
a) Abgrenzung zur Dienstleistungsfreiheit . . . . .	242
b) Abgrenzung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit . . . . .	242
c) Abgrenzung zum freien Kapitalverkehr . . . . .	242
3. Grenzüberschreitendes Element . . . . .	242
III. Gewährleistungsinhalt der Niederlassungsfreiheit . . . . .	243
1. Art. 49 AEUV als Diskriminierungsverbot . . . . .	243
2. Artikel 49 AEUV als allgemeines Beschränkungsverbot . . . . .	244
3. Drittwirkung der Niederlassungsfreiheit . . . . .	246
IV. Rechtfertigung von diskriminierenden oder beschränkenden Maßnahmen . . . . .	246
1. Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit . . . . .	246
2. Rechtfertigung von Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses . . . . .	247
V. Vorbehalt der Ausübung öffentlicher Gewalt . . . . .	248
VI. Grenzüberschreitende Sitzverlegung einer rechtsfähigen Handelsgesellschaft . . . . .	249
1. Kollisionsrechtliche Probleme (Internationales Privatrecht) . . . . .	249
2. Unionsrechtliche Probleme . . . . .	249
a) Wegzugsfälle . . . . .	250
b) Zuzugsfälle . . . . .	250
c) Fazit . . . . .	251
VII. Harmonisierungsmaßnahmen . . . . .	251
VIII. Prüfungsschema Art. 49 AEUV . . . . .	252
<b>E. Der freie Dienstleistungsverkehr . . . . .</b>	<b>253</b>
I. Allgemeines . . . . .	253
II. Anwendungsbereich . . . . .	253
1. Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	253
2. Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	253
3. Grenzüberschreitendes Element . . . . .	254

4. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten . . . . .	255
a) Abgrenzung zum freien Warenverkehr . . . . .	255
b) Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit . . . . .	255
c) Abgrenzung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit . . . . .	256
III. Gewährleistungsinhalt der Dienstleistungsfreiheit . . . . .	256
1. Art. 56 AEUV als Diskriminierungsverbot . . . . .	256
2. Art. 56 AEUV als allgemeines Beschränkungsverbot . . . . .	257
a) Maßnahmen des Aufnahmestaats . . . . .	257
b) Maßnahmen des Herkunftsstaats . . . . .	257
3. Drittwirkung der Dienstleistungsfreiheit . . . . .	258
IV. Rechtfertigung von diskriminierenden oder beschränkenden Maßnahmen . . . . .	259
1. Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit . . . . .	259
2. Rechtfertigung von Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses . . . . .	260
V. Vorbehalt der Ausübung öffentlicher Gewalt . . . . .	261
VI. Harmonisierungsmaßnahmen . . . . .	262
VII. Prüfungsschema Art. 56, 57 AEUV . . . . .	263
<b>F. Der freie Kapital- und Zahlungsverkehr . . . . .</b>	<b>264</b>
I. Der freie Kapitalverkehr . . . . .	264
1. Rückblick . . . . .	264
2. Anwendungsbereich . . . . .	264
3. Gewährleistungsinhalt der Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	265
4. Rechtfertigung von diskriminierenden oder beschränkenden Maßnahmen . . . . .	266
a) Die geschriebenen Rechtfertigungsgründe des Art. 65 Abs. 1 AEUV . . . . .	266
b) Die Rechtfertigung von Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses . . . . .	268
II. Der freie Zahlungsverkehr . . . . .	269
III. Prüfungsschema Art. 63 AEUV . . . . .	269
<b>G. Das Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger . . . . .</b>	<b>270</b>
I. Überblick . . . . .	270
II. Anwendungsbereich . . . . .	270
1. Subsidiarität gegenüber anderen Grundfreiheiten . . . . .	270
2. Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	271
3. Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	271
III. Gewährleistungsinhalt des Freizügigkeitsrechts . . . . .	273
1. Ausreise-, Einreise- und Aufenthaltsrecht . . . . .	273
2. Beschränkungsverbot . . . . .	273
3. Diskriminierungsverbot . . . . .	274
IV. Rechtfertigung diskriminierender oder beschränkender Maßnahmen . . . . .	275
1. Beschränkungen aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit . . . . .	275
2. Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses . . . . .	275
V. Prüfungsschema Art. 21 Abs. 1 AEUV . . . . .	278
<b>12. Kapitel: Unionsgrundrechte und allgemeine Rechtsgrundsätze . . . . .</b>	<b>279</b>
<b>A. Die Entwicklung des Grundrechtsschutzes in der Europäischen Union . . . . .</b>	<b>279</b>
<b>B. Die Quellen des Grundrechtsschutzes auf EU-Ebene . . . . .</b>	<b>280</b>
I. Der Grundrechtsschutz als Teil der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Unionsrechts . . . . .	280
II. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union . . . . .	281
1. Entstehungsgeschichte der Charta . . . . .	281
2. Rechtsnatur und Rang der Charta . . . . .	282
3. Inhalt der Charta . . . . .	283
a) Zwischen Kodifikation und Innovation . . . . .	283
b) Auslegung der Bestimmungen der Charta . . . . .	283
c) Keine Kompetenzerweiterung . . . . .	284
4. Zusatzprotokoll für Polen und das Vereinigte Königreich, politischer Kompromiss mit Tschechien . . . . .	284
III. Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) . . . . .	285
1. Die Rechtslage unabhängig von einem Beitritt der EU zur EMRK . . . . .	285
2. Der geplante Beitritt der EU zur EMRK . . . . .	285
<b>C. Die Funktionsweise der Unionsgrundrechte . . . . .</b>	<b>287</b>
I. Geltungsbereich der Unionsgrundrechte und Grundrechtsverpflichtete . . . . .	287
II. Verhältnis der Unionsgrundrechte zu den nationalen Grundrechten . . . . .	288
III. Schutzbereich, Schranken und Schranken-Schranken der Unionsgrundrechte . . . . .	289
IV. Spannungsverhältnis zwischen Grundfreiheiten und Grundrechten . . . . .	291
1. Grundrechte als Rechtfertigungsgründe für die Beschränkung von Grundfreiheiten . . . . .	291

2. Grundfreiheiten als Rechtfertigungsgründe für die Beschränkung von Grundrechten .....	291
3. Grundrechte als Schranken-Schranken bei der Beschränkung von Grundfreiheiten .....	292
<b>D. Einzelne Unionsgrundrechte .....</b>	<b>292</b>
I. Würde des Menschen .....	292
II. Freiheitsrechte .....	293
III. Gleichheitsrechte .....	295
IV. Solidarität .....	295
V. Bürgerrechte .....	296
VI. Justizielle Rechte .....	296
<b>E. Rechtsstaatliche Grundsätze im Unionsrecht .....</b>	<b>296</b>
I. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	297
II. Der Grundsatz der Rechtssicherheit .....	298
III. Die reformatio in peius .....	298
IV. Das Missbrauchsverbot .....	298
<b>13. Kapitel: Der Grundsatz der Gleichbehandlung .....</b>	<b>300</b>
<b>A. Überblick .....</b>	<b>300</b>
<b>B. Die Funktionsweise des Grundsatzes der Gleichbehandlung .....</b>	<b>301</b>
I. Gewährleistungsinhalt .....	301
1. Vergleichbarkeit der Sachverhalte .....	301
2. Ungleichbehandlung .....	301
3. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung .....	302
II. Unmittelbare Wirkung .....	302
1. Vertikale Direktwirkung .....	302
2. Horizontale Direktwirkung .....	302
III. Anspruch des Benachteiligten auf Gewährung des vorenthaltenen Vorteils .....	303
<b>C. Das allgemeine Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit .....</b>	<b>304</b>
I. Subsidiarität gegenüber besonderen Diskriminierungsverboten .....	304
II. Anwendungsbereich der Verträge .....	304
III. Verbotsinhalt, Adressaten und Begünstigte .....	306
1. Verbotsinhalt .....	306
2. Verbotsadressaten .....	307
3. Begünstigte .....	307
IV. Wirkung des Diskriminierungsverbots .....	307
V. Inländerdiskriminierung .....	308
<b>D. Verbot der Diskriminierung wegen bestimmter persönlicher Eigenschaften .....</b>	<b>309</b>
I. Entwicklung des Diskriminierungsschutzes wegen persönlicher Eigenschaften .....	309
II. Das Verbot der Diskriminierung wegen des Geschlechts .....	310
1. Überblick .....	310
2. Der Grundsatz des gleichen Entgelts .....	311
3. Der Grundsatz der Gleichbehandlung im Hinblick auf die sonstigen Arbeitsbedingungen .....	312
4. Der Grundsatz der Gleichbehandlung im Hinblick auf Güter und Dienstleistungen .....	314
III. Das Verbot der Diskriminierung wegen anderer persönlicher Eigenschaften .....	315
1. Allgemeines .....	315
2. Die einzelnen Diskriminierungsverbote .....	316
a) Die Altersdiskriminierung in Beschäftigung und Beruf .....	316
b) Sonstige Diskriminierungstatbestände .....	319
IV. Rechtsschutz, Beweislast und Sanktionen .....	321
<b>14. Kapitel: Die Rechtsangleichung .....</b>	<b>322</b>
<b>A. Allgemeines .....</b>	<b>322</b>
<b>B. Gegenstand, Methoden und Wirkung der Rechtsangleichung .....</b>	<b>322</b>
<b>C. Verhältnis der Harmonisierungsvorschriften zueinander .....</b>	<b>324</b>
<b>D. Harmonisierung nach Art. 114 AEUV .....</b>	<b>324</b>
I. Anwendungsbereich des Art. 114 Abs. 1 AEUV .....	324
1. Allgemeines .....	324
2. Abgrenzung zu Art. 115 AEUV (direkte Steuern) .....	325
3. Abgrenzung zu Art. 192 AEUV (Umwelt) .....	325
4. Abgrenzung zu Art. 153 AEUV (Arbeit und Soziales) .....	326
5. Abgrenzung zu Art. 116 AEUV (Wettbewerbsverzerrungen) .....	326
II. Inhaltliche Anforderungen an Harmonisierungsmaßnahmen nach Art. 114 AEUV .....	326

a) Tabak-Urteile . . . . .	327
b) Roaming-Gebühren . . . . .	328
III. Nationaler Alleingang eines Mitgliedstaats . . . . .	328
<b>15. Kapitel: Grundzüge des Europäischen Wettbewerbsrechts . . . . .</b>	<b>330</b>
<b>A. Einleitung . . . . .</b>	<b>330</b>
<b>B. Das EU-Kartellrecht . . . . .</b>	<b>331</b>
I. Einführung . . . . .	331
II. Gemeinsame Voraussetzungen von Art. 101 Abs. 1 und Art. 102 Abs. 1 AEUV . . . . .	332
1. Der Unternehmensbegriff . . . . .	332
2. Die Zwischenstaatlichkeitsklausel . . . . .	332
3. Die Bestimmung des relevanten Marktes . . . . .	333
III. Das Verbot wettbewerbswidriger Verhaltensweisen gemäß Art. 101 AEUV . . . . .	333
1. Kollusion zwischen Marktteilnehmern . . . . .	333
2. Zwischenstaatlichkeitsklausel und Wettbewerbswidrigkeit . . . . .	333
3. Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV . . . . .	334
4. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Kartellverbot. . . . .	335
IV. Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung gemäß Art. 102 AEUV . . . . .	335
1. Marktbeherrschende Stellung . . . . .	335
2. Missbräuchliches Ausnutzen der marktbeherrschenden Stellung. . . . .	336
3. Rechtsfolgen. . . . .	337
V. Das europäische Kartellverfahrensrecht . . . . .	337
1. Kartellrechtsdurchsetzung auf Unionsebene und auf nationaler Ebene . . . . .	337
2. Das Verfahren bei der Kommission. . . . .	338
<b>C. Die europäische Fusionskontrolle . . . . .</b>	<b>339</b>
I. Einführung . . . . .	339
II. Anwendungsbereich und Zuständigkeitsabgrenzung . . . . .	340
III. Materieller Prüfungsmaßstab . . . . .	340
IV. Verfahren . . . . .	341
<b>D. Das europäische Beihilferecht . . . . .</b>	<b>342</b>
I. Überblick . . . . .	342
II. Die Tatbestandsvoraussetzungen des Beihilfeverbots nach Art. 107 Abs. 1 AEUV . . . . .	344
1. Staatliche oder aus staatlichen Mitteln finanzierte Maßnahme . . . . .	344
2. Selektiver Vorteil für den Begünstigten . . . . .	345
3. Wettbewerbsverfälschung . . . . .	348
4. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten. . . . .	348
III. Die wichtigsten Ausnahmen vom Beihilfeverbot . . . . .	348
1. Legalausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 2 AEUV . . . . .	349
2. Ermessensausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 3 AEUV . . . . .	349
IV. Die Beihilfenaufsicht durch die Kommission . . . . .	350
1. Allgemeines . . . . .	350
2. Das Verfahren für neue Beihilfen . . . . .	351
a) Anmeldung . . . . .	351
b) Die zwei Phasen des Verfahrens . . . . .	352
c) Besonderheiten bei nicht angemeldeten Beihilfen . . . . .	353
V. Gerichtlicher Rechtsschutz . . . . .	353
1. Rechtsschutz vor den Unionsgerichten gegen Beschlüsse der Kommission . . . . .	353
a) Anfechtbarkeit. . . . .	353
b) Klageberechtigung . . . . .	354
c) Klagefrist . . . . .	354
2. Rechtsschutz vor den innerstaatlichen Gerichten gegen nationalen Beihilfemaßnahmen. . . . .	355
<b>16. Kapitel: Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts . . . . .</b>	<b>356</b>
I. Allgemeines . . . . .	356
II. Die Politik im Bereich Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung . . . . .	357
1. Grenzkontrollen . . . . .	357
2. Asyl- und Flüchtlingspolitik . . . . .	358
3. Einwanderungspolitik . . . . .	358
III. Die justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen . . . . .	359
1. Gerichtszuständigkeit, gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung, Verfahren . . . . .	359
2. Vorschriften über die Bestimmung des anwendbaren materiellen Rechts . . . . .	359
3. Rechtsetzungsverfahren . . . . .	360
4. Sonstiges . . . . .	360

IV. Die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen . . . . .	360
1. Gegenseitige Anerkennung und prozessuale Mindestvorschriften . . . . .	360
2. Materiellrechtliche Mindeststandards . . . . .	362
3. Strafrechtliche Annexkompetenz des Unionsgesetzgebers . . . . .	362
4. Koordinierung der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden . . . . .	362
5. Rechtsetzungsverfahren . . . . .	363
6. Übergangsvorschrift für Rahmenbeschlüsse . . . . .	363
V. Die polizeiliche Zusammenarbeit . . . . .	363
VI. Insbesondere: die Terrorismusbekämpfung . . . . .	364
<b>17. Kapitel: Die Wirtschafts-, Währungs- und Außenhandelspolitik . . . . .</b>	<b>366</b>
<b>A. Überblick . . . . .</b>	<b>366</b>
<b>B. Die Wirtschafts- und Währungsunion . . . . .</b>	<b>366</b>
I. Einleitung . . . . .	366
II. Die Wirtschaftspolitik . . . . .	367
III. Die Währungsunion . . . . .	368
1. Die Bedingungen für eine Teilnahme an der Währungsunion . . . . .	369
2. Die Währungspolitik . . . . .	370
IV. Die Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion aus Anlass der Staatsschuldenkrise . . . . .	371
1. Die Staatsschuldenkrise . . . . .	372
2. Der Rettungsschirm für die Euro-Zone . . . . .	372
3. Der Fiskalpakt . . . . .	373
4. Die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank . . . . .	374
5. Die Bankenunion . . . . .	375
6. Die Diskussion über Euro-Bonds . . . . .	376
<b>C. Die gemeinsame Handelspolitik . . . . .</b>	<b>376</b>
I. Regelungsbereich und Unionskompetenz . . . . .	376
II. Anwendungsbereich der gemeinsamen Handelspolitik . . . . .	377
1. Die erfassten Materien . . . . .	377
2. Die zulässigen Regelungsinhalte . . . . .	378
III. Tätigwerden der Union im Außenhandelsbereich . . . . .	378
1. Autonome Rechtsetzung . . . . .	378
2. Abschluss von Handelsabkommen . . . . .	379
3. Insbesondere: das WTO-Übereinkommen . . . . .	379
4. Vorbehalt der nationalen Sicherheit . . . . .	380
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>	<b>381</b>